

## Fragen

**für die Fragestunde der 81. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 28. Januar 2015**

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	10, 36	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Behrens, Herbert (DIE LINKE.) .....	14, 15	Movassat, Niema (DIE LINKE.) .....	20
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	33, 34	Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.) .....	39
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	16, 17	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	27
Hänsel, Heike (DIE LINKE.) .....	21, 31	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	8, 9
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	29, 30	Petzold, Harald (Havelland) (DIE LINKE.) .....	5
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	13, 18	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	28
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	1, 38	Steinbach, Erika (CDU/CSU) .....	40, 41
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	22, 23	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	32, 35
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	2	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) .....	11, 12
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	19, 24	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.) .....	37
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	25, 26	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	3, 4

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie .....	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz**

1. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)  
Welchen Inhalt hat ein geplantes Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei zur Vereinfachung der Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 11 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/3736, bitte die zu regelnden „Angelegenheiten“ darstellen), und welchen Stand der Verhandlungen kann die Bundesregierung für ein solches Abkommen mit der Türkei und Ägypten mitteilen (Mündliche Frage 34 der Abgeordneten Martina Renner, Plenarprotokoll 18/65)?
  
2. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Kann die Bundesregierung garantieren, dass sie, wie von den Mitgliedern der Regierung (Rede des Bundesministers der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas, am 26. September 2014 auf dem Berliner Menschenrechtstag) und Mitgliedern der Koalition (z. B. Erika Steinbach, Abgeordnete, am 8. Januar 2015 auf ihrer Homepage) angekündigt, rechtzeitig vor März 2015 eine gesetzliche Grundlage für das Deutsche Institut für Menschenrechte e. V. (DIMR) schaffen wird, die die Unabhängigkeit des Instituts wahrt und den Verlust des A-Status des DIMR verhindert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

3. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)  
Ist der Bundesregierung bekannt, ob es beim Bund, seinen Einrichtungen und den öffentlichen Körperschaften mit Bundesaufsicht Kredite bzw. Verbindlichkeiten in Schweizer Franken gibt (soweit bekannt, bitte die wichtigsten Fälle nennen), und inwiefern sind diese Geschäfte gegen Währungsschwankungen abgesichert, vor dem Hintergrund, dass öffentlich bekannt geworden ist, dass verschiedene Kommunen in Deutschland durch in Franken getätigte Kredite infolge der Aufwertung der Währung mit möglichen Mehrbelastungen zu rechnen haben (vgl. z. B. „Auf Franken gesetzt und verloren – Kommunen spielen Schweizer Roulette“, [www.n-tv.de/wirtschaft/Kommunen-spielen-Schweizer-Roulette-article4358466.html](http://www.n-tv.de/wirtschaft/Kommunen-spielen-Schweizer-Roulette-article4358466.html))?

4. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Welchen Umfang haben diese Kredite bzw. Verbindlichkeiten und welche Wertveränderungen und möglichen Verluste ergeben sich nach den derzeitigen Erkenntnissen durch die Auswertung des Schweizer Frankens (bitte sofern bekannt die Gesamtsumme und Beträge der wichtigsten Fälle nennen)?
5. Abgeordneter  
**Harald Petzold**  
(Havelland)  
(DIE LINKE.)
- Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung zur Forderung der Bundesländer Brandenburg und Niedersachsen nach einer Reform des Munitionsaltlastengesetzes (siehe u. a.: Märkische Allgemeine Zeitung vom 22. Januar 2015, S. 13), um die Länder von der ungerecht hohen Kostenbelastung bei der Kampfmittelbeseitigung zu entlasten?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

6. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Unternehmensanwältinnen und -anwälte waren vor den Urteilen des Bundessozialgerichts versicherungspflichtig in der Deutschen Rentenversicherung versichert, und wie entwickelt sich diese Zahl nach den Prognosen der Bundesregierung (siehe auch die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 51 auf Bundestagsdrucksache 18/3215) vor dem Hintergrund der nun vorliegenden konkreten „Neuregelung des Rechts der Syndikusanwälte“ („Hilfe für den Syndikus“, Süddeutsche Zeitung vom 14. Oktober 2014)?
7. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kann die Bundesregierung bestätigen, dass sich die Kosten für die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren nach meinen Berechnungen zu rund 80 Prozent aus Aufwendungen für Männer und zu rund 20 Prozent aus Aufwendungen für Frauen zusammensetzen, weil nicht nur drei Viertel der Begünstigten Männer sind, sondern weil deren Renten durchschnittlich auch deutlich höher sind als die der Frauen, und inwiefern kann die Bundesregierung bestätigen, dass – nach meinen Berechnungen – der Jahrgang 1952, der bei entsprechender Voraussetzung ab dem 1. Januar 2015 die abschlagsfreie Rente ab 63 in Anspruch nehmen kann, individuell gesehen am stärksten von der neuen Rentenart profitiert, weil Abschläge von bis zu 9 Prozent auf die gesetzliche Rente entfallen können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**

8. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum äußert sich der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, bisher nicht zu dem fortgesetzten und verschärften Tierhaltungsverbot gegen A. S., dass nun auch direkt für die Glava GmbH in Ziesar bei Genthin gilt, und sollten andere Kreise und Länder, in denen Betriebe von A. S. liegen, so wie der Kreis Jerichower Land von der Möglichkeit Gebrauch machen, gegen einzelne Betriebe ein Tierhaltungsverbot zu verhängen oder dies mindestens zu prüfen (bitte mit Begründung)?
9. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe wurden die Betriebe, in denen laut Handelsregister A. S. Geschäftsführer oder Gesellschafter war oder die zur ehemaligen S. Holding GmbH, jetzt LFD Holding GmbH, gehören (Altenplathower Agrarbetrieb GmbH, Biopower Binde GmbH, DEMVA GmbH – Ziesar –, Mesa Agrar GmbH – Genthin –, Sauenhaltung Thierbach GmbH – Pausa –, Schweineproduktion Brenkenhof GmbH – Medow –, Schweinezucht Binde GmbH – Gladau –, Schweinezucht Fahrbinde GmbH – Genthin –, Straathof – Strehle GmbH – Genthin –, GLAVA GmbH – Ziesar) in den letzten drei Jahren mit Fördergeldern aus Agrarinvestitionsprogrammen gefördert, und welche Förderungen haben diese Betriebe in den letzten drei Jahren aus flächenbezogenen Direktzahlungen bekommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

10. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Deradikalisierungsprogramme für gewaltbereite Islamistinnen und Islamisten werden nach Kenntnis der Bundesregierung gefördert (bitte mit Angabe der Trägerschaft, der etwaigen Beteiligung muslimischer Seelsorgerinnen und Seelsorger und der bereitgestellten Mittel), und inwiefern werden diese Mittel – wie derzeit in Frankreich ([www.lemonde.fr/politique/article/2015/01/21/contre-le-terrorisme-des-mesures-deja-annoncees-pour-la-plupart\\_4560340\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/01/21/contre-le-terrorisme-des-mesures-deja-annoncees-pour-la-plupart_4560340_823448.html)) – im laufenden Jahr aufgestockt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

11. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine angeblich zwischen dem 6. Januar 2015 und dem 9. Januar 2015 vorgenommene Änderung des Bundesmantelvertrags – Ärzte (BMV-Ä), die zum 1. Januar 2015 Gültigkeit haben soll, und wie bewertet die Bundesregierung die von einem Bürger in einem Schreiben vom 9. Januar 2015 an das Bundesversicherungsamt, das nachrichtlich auch an den Bundesminister für Gesundheit, Hermann Gröhe, sowie an die Fragestellerin verschickt wurde, geäußerten Zweifel an der Beachtung der satzungsrechtlichen Regularien?
12. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele gesetzlich Versicherte sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung bislang nicht im Besitz einer elektronischen Gesundheitskarte, und welche Veränderungen ergeben sich aus der in diesem Jahr vorgenommenen Änderung des BMV-Ä für diese Versicherten gegenüber der am 5. Dezember 2014 von der Bundesregierung erteilten Antwort auf meine Schriftliche Frage 80 auf Bundestagsdrucksache 18/3519?
13. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten fallen nach Kenntnis der Bundesregierung pro Jahr in Deutschland an, um Trinkwasser so aufzubereiten, dass es dem in der Trinkwasserverordnung festgelegten Grenzwert von 50 mg Nitrat/l genügt, und wie würden sich diese Kosten nach Einschätzung der Bundesregierung bei Umsetzung der gegenwärtigen Pläne zur Novellierung der Düngeverordnung in den nächsten fünf Jahren entwickeln?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

14. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Was tut die Bundesregierung, um den in der geplanten Hafenrichtlinie der Europäischen Union (EU) namens Port Package III enthaltenen Angriff auf das Streikrecht, wie es im Kapitel 8.6 des ursprünglichen Entwurfs der Europäischen Kommission mit den sog. Notfallmaßnahmen vorgesehen ist, entgegenzuwirken und diese zu entfernen?

15. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Was tut die Bundesregierung, um die von den Bundesratsvertretungen der norddeutschen Küstenländer gewünschte Herausnahme der Lotsendienste, der Schlepper, der Festmacher, der Baggerei und der Schiffsentsorgungsdienste aus der geplanten Hafenrichtlinie der EU herbeizuführen?
16. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was spricht aus Sicht der Bundesregierung für die Vorgabe des Bundes, die Rheintalbahn zwischen Offenburg und Riegel, wie im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen, auf eine Maximalgeschwindigkeit von 250 km/h auszubauen, und wie würde sich nach Kenntnis der Bundesregierung eine Maximalgeschwindigkeit von 230 km/h auf die Fahrplangestaltung sowie auf die Baukosten auswirken?
17. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Entspricht der geplante Tiefbahnhof in Stuttgart nach Kenntnis der Bundesregierung gemäß der Definition der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) einem Haltepunkt (Definition: „Haltepunkte sind Bahnanlagen ohne Weichen, wo Züge planmäßig halten, beginnen oder enden dürfen“) oder einer Haltestelle (Definition: „Haltestellen sind Abzweigstellen oder Anschlussstellen, die mit einem Haltepunkt örtlich verbunden sind“), und in welchen anderen deutschen Landeshauptstädten stellt die wichtigste Bahnanlage mit den meisten ein- und aussteigenden Fahrgästen nach der formalen Definition nach Kenntnis der Bundesregierung noch eine Haltestelle oder einen Haltepunkt dar?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

18. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Trinkwasserbrunnen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren geschlossen bzw. aufgegeben (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und sind der Bundesregierung Untersuchungen bekannt, welche Kostensteigerungen hierdurch bei den Verbrauchern verursacht wurden (durch Anschlüsse an andere Wasserversorger, Neubohrungen etc.)?

19. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) aus den vom Oberverwaltungsgericht Schleswig in seinem seit letzter Woche rechtskräftigen Urteil (vgl. BMUB-Pressemitteilung vom 16. Januar 2015) zum Zwischenlager Brunsbüttel für nötig erachteten Untersuchungs- bzw. Nachweismaßstäben beim Schutz vor Flugzeugabstürzen und panzerbrechenden Waffen für sich daraus implizit ergebenden aufsichtlichen Handlungsbedarf bezüglich auch im Rahmen der Aufsicht entsprechend neu anzulegender Untersuchungs- bzw. Nachweismaßstäbe bei den noch laufenden Atomkraftwerken ziehen (bitte mit Begründung), und welches Vorgehen plant das BMUB hierfür (falls möglich, bitte mit Angabe von Meilensteinen oder Ähnliches, der Zeitschiene etc.)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

20. Abgeordneter  
**Niema  
Movassat**  
(DIE LINKE.)
- Warum hat die KfW Bankengruppe das „Commune Development Program“ (CDP) der äthiopischen Regierung im Jahr 2012 mit 35 Mio. Euro unterstützt, obwohl Human Rights Watch aufgezeigt hatte, dass Tausende Mitglieder des indigenen Volkes der Anuak im Rahmen dieses Programms vertrieben worden waren, „begleitet von vielen Menschenrechtsverletzungen, darunter Zwangsumsiedlung, willkürliche Verhaftungen und Haft, Gewalt und Vergewaltigung“ ([www.tagesschau.de/wirtschaft/weltbank-101.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltbank-101.html)), und in welcher Form wird sich die KfW Bankengruppe an Wiedergutmachungsmaßnahmen für die Betroffenen beteiligen?
21. Abgeordnete  
**Heike  
Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Geldern wurde die Studie „Mögliche Auswirkungen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) auf Entwicklungs- und Schwellenländer“ des wirtschaftsliberalen ifo-Instituts (München) unterstützt, und wie verhält sich die Bundesregierung zur Kritik von Fachorganisationen, nach der in dem von Bundesminister Dr. Gerd Müller als „unabhängige Diskussionsbasis“ bezeichneten Papier nicht auf das entwicklungspolitisch relevante Problem der Ungleichverteilung in Entwicklungsstaaten eingegangen wird, die als Produktzulieferer an die USA und die EU fungieren ([www.euractiv.de/sections/entwicklungspolitik/eu-kommission-ttip-isi-fuer-entwicklungslaender-eine-goldbrube-311467](http://www.euractiv.de/sections/entwicklungspolitik/eu-kommission-ttip-isi-fuer-entwicklungslaender-eine-goldbrube-311467))?



22. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, die im Artikel „Müller stockt Führungsspitze massiv auf“ (Hannoversche Allgemeine vom 21. Januar 2015) erhobenen und von seinem Haus bestätigten Vorwürfe bezüglich der Personalpolitik (u. a. 18 statt bislang zwölf Unterabteilungsleiter sowie Wagen und Fahrer für die seit seinem Amtsantritt zwei Parlamentarischen Staatssekretäre bei gleichzeitiger Überlastung der Fachreferate und der Vorgabe, dort nach Einsparpotenzial in Höhe von 10 Prozent zu suchen), und inwiefern macht sich die Spitze des Hauses die im Artikel wiedergegebene und anhaltende Kritik aus den Reihen der Belegschaft zu eigen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

23. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern macht sich die Bundesregierung die Ergebnisse der am 21. Januar 2015 vorgestellten Studie „Mögliche Auswirkungen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) auf Entwicklungs- und Schwellenländer“ zu eigen (insbesondere den Umstand, dass die Entwicklungsländer überhaupt nur dann von negativen Auswirkungen weitgehend verschont bleiben, falls sogenannte Spill-Over-Effekte in erheblichem Umfang eintreten), und wie will die Bundesregierung die vom Autor vorgeschlagenen insgesamt zehn Maßnahmen zur Stärkung dieser Spill-Over-Effekte, darunter die Etablierung eines Konsultationsverfahrens für Entwicklungs- und Schwellenländer im Rahmen der angedachten regulatorischen Kooperation oder die Einführung des sogenannten Freiverkehrsprinzips, in die TTIP-Verhandlungen einbringen bzw. unabhängig davon umsetzen?
24. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wären deutsche Energieversorgungsunternehmen aus Sicht der Bundesregierung von einem mithilfe britischer Staatsbeihilfe geförderten Bau und Betrieb eines Atomkraftwerks Hinkley Point C wettbewerblich betroffen oder nicht (bitte mit Begründung), und wird sich die Bundesregierung der angekündigten Klage der österreichischen Bundesregierung, die nach Medienberichten voraussichtlich von Luxemburg unterstützt werden wird (vgl. Online-Artikel „Luxemburg dürfte Klage Österreichs gegen britisches AKW stützen“ der österreichischen Zei-

tung Der Standard vom 22. Januar 2015), gegen die Entscheidung der kurz danach aus dem Amt geschiedenen Europäischen Kommission, die britischen Beihilfepläne zuzulassen, vom 8. Oktober 2014 anschließen bzw. eine entsprechende eigene Klage einreichen?

25. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Anträge auf Bundesgarantien für ungebundene Finanzkredite (UFK) hat die Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren erhalten (bitte unter Angabe der Höhe, dem Empfänger und Konditionen), und welche Anträge hat die Bundesregierung schlussendlich bewilligt (bitte unter Angabe der Höhe, dem Empfänger und Konditionen)?
26. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Genehmigungen zur Förderung von unkonventionellem Erdgas hat es nach Kenntnis der Bundesregierung bisher von behördlicher Seite gegeben (bitte nach Jahr der Genehmigung und Behörde auflisten), und wo gab es auf Grundlage dieser Genehmigungen bisher (Probe-)Fracs?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

27. Abgeordneter  
**Omid  
Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die aktuelle humanitäre Lage in Gaza ein, und welche konkreten Schritte ergreift sie, um die schweren Folgen des Wintereinbruchs für die Zivilbevölkerung von Gaza abzumildern?
28. Abgeordneter  
**Manuel  
Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, während ihres Besuchs in Ungarn am 2. Februar 2015 die Einschränkung der Pressefreiheit, die Einschränkung der Arbeit der Nichtregierungsorganisationen und den Umgang mit Minderheitenrechten in Ungarn sowie den unter der Regierung Viktor Orbán erfolgten Staatsumbau thematisieren, und wenn nicht, warum nicht?

29. Abgeordnete  
**Britta  
Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher auf bilateraler und multilateraler Ebene unternommen, damit die menschenverachtende Prügelstrafe, zu der der Blogger Raif Badawi in Saudi-Arabien verurteilt wurde, aufgehoben wird?
30. Abgeordnete  
**Britta  
Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form werden der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, und der Vizekanzler Sigmar Gabriel die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien im Allgemeinen und die Freilassung Raif Badawis im Besonderen während ihrer anstehenden Besuche in Saudi-Arabien thematisieren?
31. Abgeordnete  
**Heike  
Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit betrachtet die Bundesregierung die Aufstockung von zusätzlichen 68 000 Soldaten zur Verstärkung des Kampfpotenzials der Armee an der ostukrainischen Front ([www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-kiew-will-armee-um-68-000-soldaten-aufstocken-a-1014165.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-kiew-will-armee-um-68-000-soldaten-aufstocken-a-1014165.html)) und die Rede des Präsidenten Petro Poroschenko beim Weltwirtschaftsforum in Davos, in der er unter anderem Russland die Besetzung von 7 Prozent des ukrainischen Staatsgebiets vorwarf, als einen Beitrag zur politischen Konfliktlösung und Stabilisierung des Friedens in der Ukraine ([www.zeit.de/politik/ausland/2015-01/ukraine-petro-poroschenko-russland](http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-01/ukraine-petro-poroschenko-russland))?
32. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung im Einzelnen dazu, wohin die von ihr im letzten Jahr an die Kurden im Nordirak gelieferten Waffen gelangt sind, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Mitverantwortung durch die Lieferung der Waffen und Berichte, dass Kritiker der kurdischen Autonomieregierung vom Geheimdienst der Autonomieregierung oder Privatmilizen in Geheimgefängnisse gebracht und dort gefoltert wurden (vgl. Monitor-Pressemeldung vom 14. Januar 2015: [www.wdr.de/daserste/monitor/extras/monitorpressepeschmerga100.html](http://www.wdr.de/daserste/monitor/extras/monitorpressepeschmerga100.html)), dass diese Waffen nicht für solche Zwecke oder in Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen kurdischen Gruppen (Peschmerga und PKK) eingesetzt werden?

33. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, ob im Syrien-Konflikt Waffen aus ehemaligen Beständen der Nationalen Volksarmee (NVA) benutzt werden, die nach dem Jahr 1990 aus deren Beständen an den Bündnispartner Türkei geliefert wurden, und inwieweit hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Türkei bezogen auf die an sie gelieferten NVA-Waffen eine Endverbleibserklärung unterschrieben?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

34. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung in Kenntnis der Schließung der saudischen Schule in Wien im Dezember 2014 Vorsorge getroffen, dass die saudische König Fahad Akademie gGmbH in Bonn wie auch ihre Außenstelle in Berlin nicht zu einem Anziehungspunkt für salafistische Terroristen wird ([http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/4619458/Wien\\_Stadtschulrat-schliesst-saudische-Schule](http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/4619458/Wien_Stadtschulrat-schliesst-saudische-Schule)), und welche Erkenntnisse in diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung, dass mittelalterliche Strafen und andere Menschenrechtsverletzungen des Regimes in Saudi-Arabien, wie etwa die Todesstrafe auf Raten durch Auspeitschen gegen den saudischen Blogger Raif Badawi im Unterricht vom Lehrpersonal wie auch der Schulleitung an der König Fahad Akademie gGmbH in Deutschland unmissverständlich verurteilt werden?
35. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Aufträge erteilten Bundesbehörden v. a. zwischen den Jahren 2001 und 2006 der damals gegen die Hamburger linke Szene eingesetzten verdeckten Ermittlerin – bzw. „Beamtin für Lageaufklärung“ (BfL) – „Iris Schneider“ des Hamburger Landeskriminalamtes, welche u. a. für den Generalbundesanwalt derweil mindestens zweimal tätig war, u. a. im November 2003 während einer Razzia-Durchsuchung im dortigen Radiosender FSK, die das Bundesverfassungsgericht am 10. Oktober 2010 (Az. 1 BvR 1739/04) als verfassungswidrig beurteilte (vgl. Berliner Zeitung vom 5. Januar 2015), und welche durch „Iris Schneider“ während solcher verdeckten Einsätze im Auftrag von Bundes- oder Länderbehörden erhobenen v. a. personenbeziehbaren Daten übermittelte sie direkt oder indirekt – etwa via Hamburger Sicherheitsbehörden – an Bundesbehörden wie etwa das Bundesamt für Verfassungsschutz?

36. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
**(Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte wurden bisher unternommen, um den Verbleib der Hamas auf der europäischen Liste terroristischer Vereinigungen innerhalb der Übergangsfrist von drei Monaten auf Tatsachen zu stützen, die in Entscheidungen zuständiger nationaler Behörden geprüft und bestätigt wurden, und welche Aktivitäten hat die Bundesregierung hierzu inzwischen unternommen?
37. Abgeordneter  
**Hubertus Zdebel**  
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen zur angeblichen Gefährdung von „Pegida“-Demonstrationen bzw. Protagonisten dieser Strömung hat das Bundeskriminalamt (BKA) im Dezember 2014 und Januar 2015 an das sächsische Landeskriminalamt (LKA) weitergeleitet (taz. die tageszeitung vom 19. Januar 2015), und inwiefern ist auch das BKA wie das LKA der Ansicht, dass ein Tweet, in dem auf Arabisch die Pegida-Demonstration als „Feindin des Islams“ bezeichnet wird, keine abstrakte, sondern eine „konkrete Gefahr“ darstellte (bitte begründen)?
38. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Wie könnte es nach Ansicht der Bundesregierung, wie vom Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, zum Abhören verschlüsselter Kommunikation auf dem „Internationalen Forum für Cybersicherheit“ im nordfranzösischen Lille gefordert, rechtlich und technisch umgesetzt werden, die deutschen Sicherheitsbehörden in die Lage zu versetzen, „verschlüsselte Kommunikation zu entschlüsseln oder zu umgehen, wenn dies für ihre Arbeit zum Schutz der Bevölkerung notwendig ist“ (AFP vom 20. Januar 2015), und mit welchem Inhalt bzw. Ergebnis wurde bzw. wird dies nach Kenntnis der Bundesregierung bereits in formellen oder informellen EU-Arbeitsgruppen (auch G6 und EU9) erörtert?
39. Abgeordneter  
**Dr. Alexander S. Neu**  
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich die Zahl von Observationsstunden von Behörden des Bundesministeriums des Innern (BMI, Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt) in den Jahren 2012, 2013 und 2014 entwickelt, und inwiefern trifft es wie von „DIE WELT“ Online (19. Januar 2015) beschrieben zu, dass die Observationskräfte des BMI als Spezialtechnik auch über „winzige Knopf-Mikrofone im Ohr oder in der Armbanduhr“ verfügen (bitte das Fabrikat oder wenigstens die technischen Spezifikationen beschreiben)?

40. Abgeordnete  
**Erika  
Steinbach**  
(CDU/CSU)      Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zu Zahlen und Täterhintergründen von Ehrenmorden in Deutschland jeweils in den letzten zehn Jahren?
41. Abgeordnete  
**Erika  
Steinbach**  
(CDU/CSU)      Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zu Zahlen und Stiftern von Moscheebauten in Deutschland jeweils in den letzten zehn Jahren?



